

Mönig, August Rudolf

1. April 1882 Fley, Kreis Hagen/W.

20. Mai 1962 in Hagen

Bürgermeister

Mönig war Sohn des Landwirts Wilhelm Mönig, besuchte die Volksschule in Kalden und vom 13. bis 15. Lebensjahr die Katholische Rektorats-Schule in Hagen. Mit 15 Jahren trat er in den Dienst der Stadt Hagen, legte 1906 die erste und 1910 die zweite Verwaltungsprüfung ab. Er wurde wegen außerordentlicher Befähigung 1906 als Supernumerar übernommen, wurde Büroassistent, 1908 Verwaltungssekretär, 1910 Stadtsekretär, 1915 Bürovorsteher und 1920 Oberstadtsekretär. Im Herbst 1921 führt er zum ersten Mal den Titel Büro-Oberinspektor.

Er heiratete am 12. November 1924 in Hagen die Auguste Emilie geb. Paffenholz, geboren am 1. Dezember 1900 in Bonn.



Bürgermeister August Mönig 1922- 1926

Am 20. Dezember 1921 wird Mönig vom Stadtrat in Montabaur mit 12 von 23 abgegebenen Stimmen zum Bürgermeister der Stadt gewählt unter der Voraussetzung, dass die Bezirksregierung in Wiesbaden das Pensionsgesuch des Bürgermeisters → Franz Hartenfels genehmigt. Erst als Hartenfels auf die Bürgermeisterstelle verzichtet, erteilt unter dem 10. März 1922 der Regierungspräsident die Genehmigung zur Wahl des Mönig. Am 30. März tritt er seinen Dienst an, bleibt aber bis zum 3. April beurlaubt. Die Einführung durch den Regierungspräsidenten erfolgt am 22. April 1922. Infolge des Passiven Widerstandes der deutschen Verwaltung gegen die Besatzungsmächte, wird Mönig von den Franzosen am 26. März 1923 ausgewiesen. Erst am 3. Okt. 1924 gestattet die Interalliierte Kommission dem Bürgermeister die Aufnahme seines Dienstes in Montabaur am 1. Dezember 1924.

Inzwischen häuften sich Beschwerden der Bürgerschaft gegen den Bürgermeister. Die Behandlung auf dem Rathaus seitens des Bürgermeisters sei eines Bürgers unwürdig. Die Polizeigewalt werde überspannt gehandhabt und die Beamten sowie die Angestellten der Verwaltung hätten kein Vertrauen zu ihm. Es kommt im Stadtrat zu erregten Debatten. Das Verhältnis zwischen den Vertretern der Bürgerschaft und dem Bürgermeister ist gestört.

Der Bericht des Kreisblattes über die Stadtverordnetenversammlung vom 7. November 1925 macht die vergiftete Atmosphäre deutlich. Dabei ist auch bemerkenswert, dass der Bürgermeister nicht namentlich erwähnt wird.

preise, daß Deutschland anerkennenswerte Anstrengungen zur Erfüllung der Abrüstungsklauseln getan habe, besonders auf kriegstechnischem Gebiet (Zerstörung von Fabriken, Kriegs- und Munitionsmaterial). Es fehle indessen noch sehr viel daran, daß die im vergangenen Jahr von der Botschaftskonferenz aufgestellten Bedingungen als ausgeführt anzusehen seien. Die Haltung der deutschen Regierung lasse besonders in folgenden drei Punkten noch sehr viel zu wünschen übrig: 1. Geheimorganisation der Polizei, 2. Reorganisation des Generalstabs, 3. die militärische Ausbildung der Geheimverbände. Unter diesen Umständen könne vorläufig noch nicht die Rede davon sein, daß das deutsche Abrüstungsproblem als gelöst anzusehen sei.

Südentschlandfahrt Hindenburgs.

Berlin, 6. Novbr. Reichspräsident v. Hindenburg beabsichtigt in der nächsten Woche den geplanten Besuch in Süddeutschland durchzuführen. Er trifft am Mittwoch, den 11. November, in Stuttgart ein. Am Tage darauf begibt er sich nach Karlsruhe, von wo er abends nach Darmstadt weiterreist. Am Freitag wird er Frankfurt a. M. besuchen. Von dort fährt er abends nach Berlin zurück.

Beisetzung des Mittmeisters von Richthofen.

Berlin, 6. Novbr. Am 20. November findet in der riesigen Gnadenkirche eine Trauerfeier für den in Frankreich gefallenen und bisher dort ruhenden Mittmeister Frhr. von Richthofen, Kommandeur des ehemaligen Jagdgeschwaders Frhr. von Richthofen, statt. Anschließend findet die Beisetzung auf dem Invalidenfriedhof statt.

Ein bayerischer Gefallenen-Gedenktag.

München, 6. Novbr. Die bayerische Bischofskonferenz hat als Trauertag für die Gefallenen im Weltkrieg einheitlich in ganz Bayern den zweiten Sonntag im November festgesetzt.

Handelsnachrichten.

Berliner Börsenberichte vom 5. November.

— **Lebensmittelmarkt.** Am internationalen Markt erlitt der Pariser Franken einen neuen Kursschlag; die italienische Lira wurde mitgerissen.

— **Eßgutemarkt.** Die heutige Börse lag allgemein schwach. Die Umsätze blieben in den engsten Grenzen. Die gleiche Haltung zeigte der Rentenmarkt.

— **Produktionsmarkt.** Die Lage war gegen den Vortag kaum verändert. Weizen wurde durch die weitere Nachfrage gestützt. Für Roggen bestand weitaus Interesse. Die Mühlen berichteten sich sehr vorsichtig. Mehl hatte stilles Geschäft. Für Hafer und andere Getreidesorten konnten nur geringe Umsätze erzielt werden. Getreidearten lagen sehr still.

Lokales und Provinzielles.

Montabaur, den 7. November 1925.

Bericht über die Stadtverordneten-Versammlung vom 3. November 1925.

Man mag zur Sache stehen, wie man will: es ist einem als ehrenamen Montabaurer Bürger scheußlich unangenehm, wenn man schon Tage vorher von den verschiedensten Seiten aus Stadt und Land angerufen und angekündigt wird, was denn in der nächsten Stadtverordneten-Versammlung wieder los sei. Und diesmal war es besonders schlimm. Als Zeitungsmensch ist man gewöhnlich im Bilde. So haben wir im Laufe der letzten Wochen mit Sorge beobachtet, wie eine gewisse gereizte Stimmung gegen Maßnahmen der städtischen

Verwaltung mehr und mehr um sich griff. Es ist immer schon bedenklich, wenn irgend eine Einrichtung oder eine Einzelperson oder gar eine Behörde nicht mehr aus der Leute Mund kommt. In dem vorrevolutionären Preußen galt bei Militär und Verwaltung das Wort: das ist der tüchtigste Kerl, der am wenigsten auffällt. Wenn es uns auch absolut fern liegt, Dückmäuerthum und selbstgenügsame Unfruchtbarkeit und fortschrittsfeindlichen Geist als nachahmungswertes Muster hinzustellen, glauben wir doch dem aufrichtigen Wunsche Ausdruck geben zu müssen: es möge unserer städtischen Verwaltung gelingen, recht bald wieder aus dem Munde der Leute zu kommen.

Die ganze letzte Woche hindurch war die kommende Stadtverordneten-Versammlung das Tagesgepräch. Es war bekannt geworden, daß die Zentrumsfraktion einen Antrag auf Einberufung einer Stadtverordneten-Versammlung eingebracht habe mit der Begründung, daß eine Aussprache über die Verwaltung der Stadt unbedingt erforderlich sei. Wir verstehen und erkennen gern an, daß das Zentrum als stärkste Partei auf dem Rathaus Veranlassung nahm, eine Klärung der Lage herbeizuführen. Es war aber auch bekannt, daß das Zentrum beantragt hatte, diese Aussprache in vertraulicher Sitzung vorzunehmen. Um so erstaunlicher mußte es wirken, daß schon vor Beginn der Sitzung der Zuhörerraum überfüllt war. Bald zeigte sich des Rätsels Lösung: sofort nach Eröffnung der Sitzung durch den Stadtverordneten-Vorsteher nahm der Sprecher der sozialdemokratischen Partei das Wort zur Geschäftsordnung.

Er wandte sich in sehr temperamentvoller Weise gegen die vorgelegte Tagesordnung, es sei ursprünglich nur die Aussprache über die städtische Verwaltung vorgesehen gewesen. Nun habe man eine ganze Reihe zum Teil ganz belangloser Gegenstände dem vorangestellt. Er beantragte Absehung dieser Punkte von der Tagesordnung und Verhandlung des ursprünglich einzigen Punktes in öffentlicher Sitzung. Diesen Ausführungen trat ein Vertreter der Zentrumsfraktion mit wohlstuernder Ruhe entgegen: die Aufstellung der Tagesordnung sei Sache des Stadtverordneten-Vorsteher, und wenn man den Redeschluß eindämmen wolle, könnten all diese Punkte in einer Viertelstunde erledigt sein. Die Aussprache über die Verwaltung müsse in vertraulicher Sitzung behandelt werden; das Zentrum als Einbringer des Antrags wisse, daß hierbei auch rein persönliche Verhältnisse berührt werden müßten, und die gehörten grundsätzlich in die vertrauliche Sitzung. Bei der erfolgenden Abstimmung war die überwiegende Mehrheit für die Beibehaltung der vorliegenden Tagesordnung.

Was dem Sprecher der sozialdemokratischen Partei beim ersten Wurf nicht gelungen war, versuchte er nun während der Verhandlungen über die Gegenstände der öffentlichen Sitzung mit Schlauere und Zähigkeit auf Umwegen zu erreichen. Auch diese Umwege konnten verbaut werden, bis der Herr Bürgermeister selber sich zu einer unvorsichtigen Äußerung hinreißen ließ und damit eine äußerst peinliche Auseinandersetzung zwischen sich und dem Vertreter der Sozialdemokratie veranlaßte. Da diese Auseinandersetzung stark persönlich gefärbt war, nehmen wir von weiteren Ausführungen hierzu Abstand. Aus dem gleichen Grunde verzichten wir auch auf eingehenden Bericht über die einzelnen Verhandlungsgegenstände und bescheiden uns mit der Veröffentlichung der gesagten Beschlüsse.

1. Bewilligung weiterer Mittel zur Verfügung des Magistrats. — Der Punkt ist von der Verwaltung zurücksgezogen.

2. Beleihung von verbilligtem Brennholz für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. — Der Antrag

Der Magistrat nimmt in seiner Sitzung vom 11. Januar 1926 die Amtsniederlegung zum 31. Januar 1926 an. Am Schlusse der heutigen Magistratssitzung sprach Herr Beigeordneter Olig namens des Magistrats dem Herrn Bürgermeister Mönig den herzlichsten Dank für die der Stadt geleisteten Dienste aus. Es sei Tatsache, dass Herr Bürgermeister Mönig immer nur das Beste für die Stadt gewollt habe. Herr Beigeordneter Olig wünschte im Namen des Magistrats dem Herrn Bürgermeister und seiner Frau Gemahlin auf ihrem fernerem Lebenswege das Allerbeste.

Herr Bürgermeister Mönig dankte dem Herrn Beigeordneten Olig und den Herrn Magistratsmitgliedern, erwiderte die Glückwünsche und wünschte insbesondere, dass alle die Pläne der Stadt Montabaur, wie Umbau des Elektrizitätswerkes, Erweiterung des Wasserwerkes, Verstaatlichung des Gymnasiums, Errichtung einer Aufbauschule und einer Lehrerakademie usw. in Erfüllung gehen möchte und die Stadt Montabaur weiter wachse, blühe und gedeihe.

Am 14. Januar 1926 verabschiedete er sich von der städtischen Verwaltung und den Spitzen der Behörden.

Auch in der Stadtverordnetensitzung vom 22. Januar 1926 wird die Amtsniederlegung des Bürgermeisters Mönig bekannt gegeben.

Vermutlich waren alle Beteiligten erleichtert, dass die Amtszeit des Bürgermeister Mönig in Montabaur damit beendet war.

Inzwischen hatte er sich um die Bürgermeisterstelle in Winterberg/Sauerland beworben und wurde auch gewählt.

Bereits im Jahre 1931 wurde August Mönig wegen eines Nervenleidens in den Ruhestand versetzt und lebte fortan in Hagen-Fley.

Quellen/Literatur:

StAMont: Protokoll Stadtratssitzung am 03.11.1925; Abt. 9,4: Nr. 120, 162 u. 360; Protokoll der Magistratssitzung vom 11.01.1926;

Westerwälder Volks-Zeitung Nr. 134 v. 07.11.1925;

Foto: Röther 2025 (Sitzungssaal altes Rathaus).

Winfried Röther